



Zypriotische Annäherung

Verhandlungen in der Schweiz über eine Wiedervereinigung. Seite 8

Grafik: nd

Schuhe der Toten

Vera Friedländer berichtet über die NS-Geschichte von Salamander. Seite 14

Not und Solidarität

Wie ein Taifun in Tacloban die Gemeinschaft stärkte. Seite 20

Foto: Felix Lill



Bundesausgabe 1,80 €

www.neues-deutschland.de

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Mittwoch, 9. November 2016

71. Jahrgang/Nr. 262

STANDPUNKT

Tillich ohne Feuerlöscher

René Heilig zur Anklage gegen die Nazi-Terrorgruppe in Freital

Sie nannten sich »KegelKarl«, »Zigeunerphili« oder »cukcuk«. Sie bekannten: »Wir sind Nazis bis zum bitteren Ende.« Beim Chatten im Internet hetzten sie sich heiß gegen Flüchtlinge, von denen »einer widerlicher als der andere« sei. »Alle töten, diese elenden Parasiten!« Auch wollte man »Kanaken und Antifa« am nächsten Lichtmast aufknüpfen. Dem Gehetze folgten Taten, Bomben explodierten an Flüchtlingsunterkünften, einem Linkspolitiker sprengte man das Auto in die Luft.

Die Folge? Ermittlungen. Die betrieb der sächsische Generalstaatsanwalt so gewohnt halbherzig, dass dem Bundeskollegen der Kragen platzte. Er hat nun Anklage gegen die »Gruppe Freital« erhoben und verdächtigt sieben Männer und eine Frau, Mitglied einer terroristischen Vereinigung zu sein. Erstaunlich, in Karlsruhe scheint man tatsächlich ein wenig aus dem NSU gelernt zu haben.

Was geschieht jenseits der Strafverfolgung? Sachsens Regierung tut mal wieder, als ginge sie das alles nichts an. So wie sie den Rassismus in Heidenau, Bautzen oder Chemnitz kleinredete. Hört denn überhaupt jemand zu, wenn Leipzigs Polizeipräsident vor einer »Pogromstimmung« gegen Migranten warnt? Nimmt jemand zur Kenntnis, wenn Kommunen um Hilfe bitten? Registriert man, wie Pegida hetzt? Offenbar nicht.

»Beschämt erleben wir, dass Worte die Lunte legen können für Hass und Gewalt«, sagte Ministerpräsident Tillich zum Tag der deutschen Einheit. Kaum minder beschämend ist, dass Tillich nicht zum Feuerlöscher greifen will.

UNTEN LINKS

Wer gehofft hat, dass die lästige **Präsidentenfarce** mit der Wahl in den USA endlich ein Ende hat, dem müssen wir an dieser Stelle mitteilen: leider nein. Denn das nächste Unheil naht auf leisen Sohlen. Es hat einen Namen: Volker Bouffier. Bisher konnte man den Streit um die Gauck-Nachfolge für läppisch halten; nun aber gilt die höchste Alarmstufe. Denn Hessens Ministerpräsident soll allen Ernstes zu denen gehören, über die in der CDU-Führung nachgedacht wird. Daran sieht man: Merkel schreckt vor nichts zurück. Oder ist ganz arm dran. Bouffier ist der hässliche Hesse, das Würgemittel von Wiesbaden, die hessische Antwort auf Seehofer. Seine politische Leistung besteht darin, dem Brachialpopulisten Roland Koch bruchlos gefolgt zu sein und die hessischen Grünen in der Regierung rückstandsfrei verdaut zu haben. Macht ihn irgendwo zum Botschafter, schickt ihn nach Brüssel, spendiert ihm eine Äbbelwoi-Pension – aber lässt ihn um Himmels willen keine Reden ans Volk halten. wh

Obamas Erbe

Alle reden vom neuen US-Staatsoberhaupt. Und wie sieht die Lage der Bürger aus?



Foto: Reuters/Aaron Josefczyk

Berlin. In den USA hat es ein schwarzer Bürger ganz nach oben geschafft. Die Rassentrennung wurde vor 52 Jahren per Gesetz beendet. Doch für Millionen Menschen, die Rassentrennung weiterhin Realität, die Situation hat sich mancherorts sogar verschlimmert. So hat sich die Zahl der Schulen, in denen weiße Kinder weniger als ein Prozent der gesamten Schülerschaft ausmachen, seit 1988 verdreifacht. Dies ist ein Beispiel für den Zustand der USA, über das unsere Autoren berichten. Sie haben sich in dem Land umgeschaut, das bald ein neues Staatsoberhaupt haben wird, und insbesondere die wirtschaftliche und soziale

Entwicklung erkundet, aber auch die außenpolitischen Probleme analysiert, vor denen die neue US-Administration stehen wird.

Es gibt durchaus Fortschritte zu vermelden. Der erste schwarze US-Präsident Barack Obama hat gegen gewaltigen Widerstand eine Gesundheitsreform durchgesetzt, die Millionen Menschen erstmals eine Krankenversicherung ermöglichte. Die Arbeitslosenquote ist in den vergangenen Jahren stark gesunken, von zehn auf rund fünf Prozent. Doch die Gehälter der Beschäftigten steigen seit Jahrzehnten kaum noch. Die Reallöhne von abhängig Beschäftigten sind zwischen 1978 und

2014 gerade einmal um zehn Prozent gestiegen. Das hat die parteiunabhängige Denkfabrik EPI in Washington berechnet. Konzernchefs verbuchten dagegen im gleichen Zeitraum eine beachtliche Gehaltssteigerung von nahezu 1000 Prozent. Der Wohlstand ist heute viel ungleicher verteilt als in den 1970er Jahren – der neoliberalen Politik, insbesondere von konservativen Regierungen, sei Dank. Arbeiter und Angestellte fürchten, noch weiter abgehängt zu werden. Die wachsende Ungleichheit macht viele Menschen zornig. Links haben deswegen viele trotzdem nicht gewählt. nd
Seiten 2 und 3

Regierungsprävention gegen Rassismus

Konferenz in Berlin, Generalbundesanwalt klagte »Gruppe Freital« an, Sprengstoffanschlag in Chemnitz

Auf einem sogenannten Demokratiekongress wurden am Dienstag in Berlin erweiterte Präventionsmöglichkeiten gegen Rassismus erörtert.

Von René Heilig

Im Koalitionsvertrag hatten sich Union und SPD darauf verständigt, die Anstrengungen des Bundes bei Extremismusprävention und Demokratieförderung zu bündeln und zu verstärken. Dazu sollte auch ein Kongress beitragen, der von den Bundesministerien für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie dem für Inneres veranstaltet wurde. Eingeladen waren Teilnehmer der Bundesprogramme »Demokratie leben!« und »Zusammenhalt durch Teilhabe«.

Familienministerin Manuela Schwesig (SPD) beklagte, dass nicht nur rassistische und menschenfeindliche Parolen zunehmen, auch die Anzahl der Angriffe gegen Minderheiten, Geflüchtete

und Engagierte gefährdeten den Zusammenhalt der Gesellschaft.

Die Bundesregierung gab 2016 rund 50 Millionen Euro für derartige Projekte aus, im 2017er Etatvorschlag soll die Summe verdoppelt werden. Schwesig wertet das als Erfolg, Präventionsexperten vor Ort kritisieren unter anderem die Verteilung der Mittel nach dem Königssteiner Schlüssel. Dabei werden Präventions-schwerpunkte nicht beachtet. Auch dass Landesregierungen über Zuwendungen mitentscheiden, kann die Arbeit insbesondere von Mobilien Beratungsteams behindern, hört man aus Sachsen.

Seit Beginn des Jahres hat es laut einem Bericht 797 Angriffe gegen Asylunterkünfte gegeben. Auch versuchte Mordanschläge durch Rechte nahmen zu. Als Beispiel für derartige Brutalität steht Freital in Sachsen. Ein Jahr nach einer Serie von Anschlägen hat der Generalbundesanwalt nun sieben Männer und eine Frau angeklagt.

Er wirft der »Gruppe Freital« ver-suchten Mord und Gründung einer rechtsterroristischen Vereinigung vor. Über Monate hinweg sollen die Angeklagten Flüchtlingsunterkünfte und Politiker in Freital und im nahen Dresden attackiert haben. Als Rädelführer der Gruppe wurden Timo S. und Patrick F. – beide sind Mitte Zwanzig – ausgemacht. S. hatte Anfang 2015 sogar eine sogenannte Bürgerwehr gegründet.

Ursprünglich hatte die Dresdner Generalstaatsanwaltschaft ermittelt – allerdings »nur« wegen einer Sprengstoffexplosion, nicht wegen Terrors. Nach heftiger öffentlicher Kritik übernahm der Generalbundesanwalt das Verfahren.

Unterdessen wurde in Sachsen ein neuerlicher Sprengstoffanschlag bekannt. Ziel war das Kulturzentrum »Lokomotiv« in Chemnitz. Die Betreiber vermuten, dass es sich um einen Einschüchterungsversuch handelt. Derzeit finden Veranstaltungen im Rahmen

des Theaterprojektes »Unentdeckte Nachbarn« statt. Es befasst sich mit den Verbrechen des Terrornetzwerkes Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU), der vor fünf Jahren aufgefliegen ist.

Die Stadt Dresden hat nun beschlossen, dass der Pegida-Mitbegründer Lutz Bachmann und sein Stellvertreter Siegfried Däbritz in der Elbestadt für fünf Jahre keine Versammlungen mehr anmelden oder leiten dürfen.

Lesen Sie heute im Ratgeber

Kein Mindestentgelt bei Kontoüberziehung

Tipp: Haushaltsnahe Dienstleistungen

Kaffeefahrt: Beim Kauf Widerrufsrecht gültig

Orban scheitert mit Asylgesetz

Keine Mehrheit in Ungarns Parlament für eine Verfassungsänderung

Budapest. Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orban ist mit einer von ihm angestrebten Verfassungsänderung gegen EU-Quoten für Asylbewerber gescheitert. Bei einer Abstimmung im Budapester Parlament stimmten am Dienstag nur die 131 Abgeordneten der rechtskonservativen Regierungspartei Fidesz für Orbans Vorlage. Damit wurde die für Grundgesetzänderungen vorgeschriebene Zweidrittelmehrheit um zwei Stimmen verfehlt.

Die Verfassungsnovelle hätte vorgeschrieben, dass die Ansiedlung von Nicht-EU-Ausländern nur nach ungarischen Gesetzen erfolgen darf. Die EU-Quoten hätte dies nach Ansicht von Experten nicht betroffen, weil diese Asylbewerber über die Staaten verteilen. Die Verfahren führt jedes Land gemäß eigenen Gesetzen durch. Orban war bereits am 2. Oktober mit einer Volksabstimmung gescheitert, mit deren Hilfe das »Ansiedlungsverbot« hätte gesetzlich verankert werden sollen. Beim Referendum war das Quorum verfehlt worden. dpa/nd Kommentar Seite 4

Städte wollen mehr Geld für Integration

Spitzenverband: Kommunen brauchen Hilfe bei Flüchtlingsaufnahme

Berlin. Die Städte in Deutschland haben mehr finanzielle Unterstützung bei der Integration von Flüchtlingen gefordert. Eine erhebliche Summe der im Sommer zwischen Bund und Ländern ausgehandelten Finanzierung müsse endlich »auch dort ankommen, wo die Integrationsarbeit vorrangig stattfindet«, sagte die Präsidentin des Deutschen Städtetages, die Ludwigshafener Oberbürgermeisterin Eva Lohse (CDU), am Dienstag in Berlin. »Die Hauptlast liegt bei den Kommunen.«

Die Städte kümmern sich schließlich um Kitas, Schulen und Wohnungen für Einheimische wie Flüchtlinge. Integration sei eine Daueraufgabe, die sich nur gemeinsam bewältigen lasse, betonte Lohse bei der Vorstellung einer Broschüre mit Tipps für Kommunen zur Integration von Flüchtlingen.

Lohse appellierte an die Länder, ihren Kommunen zügig einen angemessenen Teil der zwei Milliarden Euro weiterzugeben, die der Bund den Ländern als Integrationspauschale jeweils in den Jahren 2016, 2017 und 2018 bereitstellt. epd/nd Kommentar Seite 4

Klima-Risiko für arme Länder höher

Klimaschutzplan erneut im Kabinett

Berlin. Überschwemmungen, Hitzewellen, Erdbeben und andere Wetterextreme verwüsten vor allem Entwicklungsländer. In den vergangenen 20 Jahren litten darunter besonders Honduras in Zentralamerika, Myanmar in Südostasien und die Karibikinsel Haiti. Das geht aus dem aktuellen Globalen Klima-Risiko-Index hervor, den die Umweltorganisation Germanwatch am Dienstag bei der Klimakonferenz in marokkanischen Marrakesch vorgestellt hat.

In Berlin scheint sich derweil ein Kompromiss für den deutschen Klimaschutzplan abzuzeichnen. Damit Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) nicht mit leeren Händen nach Marrakesch reisen muss, stehen ihre Pläne am Mittwoch erneut auf der Tagesordnung des Kabinetts. Umstritten sind vor allem Forderungen für die Landwirtschaft und den Verkehr. Aktivisten der Umweltorganisation Greenpeace demonstrieren am Dienstagmorgen in Berlin mit einem gut zwei Meter hohen brennenden CO₂-Zeichen für mehr Engagement beim Klimaschutz. dpa/nd Seite 16

ISSN 0323-3375

